

PRESSEMITTEILUNG

Selling begrüßt Gesetzentwurf für Lohntransparenz

Ministerpräsident Erwin Selling hat den von der Bundesregierung heute beschlossenen Entwurf eines Gesetzes für Lohntransparenz begrüßt: „Der Gesetzentwurf ist ein weiterer wichtiger Schritt für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern in Deutschland. Es ist endlich an der Zeit, dass Frauen und Männer in gleichen Positionen auch gleich bezahlt werden. Für den nach wie vor bestehenden Unterschied gibt es keinen nachvollziehbaren sachlichen Grund, denn Frauen leisten genauso gute Arbeit wie ihre Kollegen. Ich freue mich, dass Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die sehr engagiert dafür gekämpft hat, dies auch durchsetzen konnte.“

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten künftig Auskunft verlangen können, wieviel Geld ihre Kollegen in vergleichbaren Positionen verdienen. Außerdem sollen Unternehmen verpflichtet werden, bei jeder Stellenausschreibung ein Mindestentgelt anzugeben. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden aufgefordert, regelmäßig einen Bericht zum Thema Lohnangleichung vorzulegen. Mit dem neuen Gesetz erhalten rund 14 Millionen Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf Informationen zum Gehalt.

MP

Schwerin, 11.01.2017

Nummer: 11/2017

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2–4
19053 Schwerin
Telefon: +49 385 588-1040
Telefax: +49 385 588-1048
E-Mail: Pressestelle@stk.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Andreas Timm